

N O T I Z E N

aus der 77. Sitzung des Bundesrates vom 28. November 1966

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Schaffner
Abwesend: HH. Chaudet und Gnägi (krank)
Schriftführer: HH. Oser und Weber
Protokolle: keine
Beginn: 9 Uhr Schluss: 10 Uhr 50

Schriftliche AnträgeBundeskanzleiBundesbeschluss betr. Sekretariat der Geschäftsprüfungskommissionen, Botschaft

Herr Spühler bemerkt, dass der deutsche Text von Art. 6, Abs. 1 nicht mit der französischen übereinstimmt.

Es wird folgende Fassung beschlossen:

"Das Sekretariat der GPK ist administrativ dem Sekretariat der Bundesversammlung zugeteilt".

Politisches DepartementKleine Anfrage Beck vom 8. Juni 1966

Herr von Moos findet, dass es zu weit gehe, wenn man in der Antwort auf eine Kleine Anfrage ganze Richtlinien im Wortlaut wiedergebe. Man könnte die Ziff. 2 weglassen und die Ziff. 3 kürzer fassen.

Herr Spühler nimmt die Antwort zur Ueberprüfung im Einvernehmen mit dem JPD und zur Neuredaktion zurück.

Departement des InnernNationalstrasse N6, Teilstrecke Muri - Thun

Es liegt der Ergänzungsbericht vor, den der Bundesrat am 28. Oktober gewünscht hat.

Herr Bonvin ist der Meinung, dass das Projekt noch zu viele Anschlüsse habe.

Herr Tschudi antwortet, dass einer der vier Anschlüsse gestrichen wurde.

Ein Gegenantrag wird nicht gestellt. Der Antrag des EDI wird stillschweigend zum Beschluss erhoben.



Justiz- und PolizeidepartementKleine Anfrage Schmid Werner vom 21. September 1966

Nachdem die Antwort positiv lautet, sollte der Bundesrat seine Bereitschaft, dem Wunsche des Fragestellers Rechnung zu tragen, am Schlusse der Antwort bekunden.

Herr von Moos schlägt vor, den Satz "Es ist vorgesehen, in die technische Verordnung..." an den Schluss zu nehmen. Die BK wird beauftragt, den Text in diesem Sinne anzupassen.

Kleine Anfrage Schwendinger vom 5. Oktober 1966

Herr von Moos legt einen neuen Text vom 28.11.1966 vor. Im Antworttext wird am Schlusse das Wort "könnte" durch "kann" ersetzt.

MilitärdepartementLandesverteidigungsrat, Stellungnahme zum Bericht Stocker, Abbau der Bundessubventionen für den Zivilschutz

Herr von Moos gibt bekannt, dass er eine grosse Zahl von Eingaben von am Zivilschutz interessierten Instanzen und Organisationen erhalten habe. Alle diese Eingaben opponieren mit Vehemenz gegen die beantragten Beitragskürzungen. Er ist der Meinung, dass man für den Zivilschutz eine besondere Lösung suchen sollte.

Herr Bonvin ist der Meinung, dass man nicht jetzt nachgeben sollte. Zuerst sollte man sicher sein, dass man die nötigen Einnahmen erhält. Es sei sehr gut, wenn die Leute spüren, dass es dem Bundesrat ernst ist und dass sie die vorgesehenen Massnahmen treffen werden. Die öffentliche Meinung befinde sich hier in einem ständigen Widerspruch. Man müsse hier die logischen Zusammenhänge bekannt geben.

Herr Spühler konstatiert, dass von 26 Mitgliedern des Landesverteidigungsrates an der entscheidenden Sitzung nur 15 anwesend waren.

Der Rat nimmt von der Stellung des Landesverteidigungsrates Kenntnis.

Beschaffung eines Arbeitsregenschutzes und eines Ausgangsmantels für den Wehrmann sowie Gewährung von teuerungsbedingten Zusatzkrediten, Botschaft

Das Geschäft wird im Hinblick auf die bestehende Differenz auf eine Sitzung verschoben, an der auch Herr Chaudet anwesend sein wird.

Militärische Bauten, Waffen- und Schiessplätze, Botschaft

Herr Tschudi erklärt, dass er nicht darauf dränge, dass der Rat noch zuwarte. Immerhin möchte er feststellen, dass die Zahlen für Petit Hongrin und Wichlen Phantasiezahlen seien. Es liegen hier noch keine Projekte und Studien vor.

Beschluss: Das Geschäft wird verschoben auf eine Sitzung, an der Herr Chaudet wieder anwesend sein wird.

Volkswirtschaftsdepartement

Voranschlag 1967, Milchproduktenverwertung, Ergänzungsbericht

Herr von Moos erkundigt sich, ob dieser Bericht wirklich an das Parlament und nicht lediglich an die Finanzkommissionen gerichtet werden muss und wenn er an das Parlament gerichtet wird, ob er dann im Bundesblatt veröffentlicht werden muss?

Der Herr Bundeskanzler antwortet, dass es sich hier um eine Ergänzung des Voranschlages handle, die, wie der Voranschlag selbst, direkt an die Räte geht.

Kleine Anfrage Chevallaz vom 20. September 1966

Herr von Moos erkundigt sich, ob eine Vorlage in Vorbereitung sei.

Der Herr Bundespräsident antwortet, dass das der Fall sei. Ein Entwurf sei dem interdepartementalen Ausschuss vorgelegt worden. Der geltende Beschluss laufe nächstes Jahr ab und müsse ersetzt werden.

Aussprachen

Finanz- und Zolldepartement

Frage der Ankündigung der Botschaft betreffend Subventionsabbau

Herr Bonvin teilt mit, dass zwei Möglichkeiten bestehen. Entweder teile man mit, dass die Botschaft Mitte Januar erscheint und dass sie im März durch den Prioritätsrat behandelt werden soll, oder dann wird die Botschaft für die Märzsession angekündigt. Beide Vorschläge haben ihre Berechtigung. Der Sprechende betont aber folgende Argumente. Die Dezembersession ist überlastet, man wirft uns ein überstürztes Handeln vor. Aus diesem Grunde möchte er der zweiten Lösung den Vorzug geben.

Die Anstrengung mit Einsparungen ist nötig, um die Stimmung zu schaffen, damit uns neue Finanzquellen zur Verfügung gestellt werden. Wir müssen eine gewisse Verspätung feststellen. Eine Reihe von Vorschlägen benötigen eine Prüfung, die länger geht. Zuerst müssen wir den Beweis unseres Sparwillens erbringen. Die Kommission für die Anschlussamnestie und Herr Nationalrat Celio verfolgt eine Taktik der Verzögerung. Sie erklärt, dass keine Dringlichkeit bestehe. Der Sprechende glaube, dass es doch gut wäre, wenn die Räte die Kommissionen schon jetzt bestimmen würden, weil man allgemein den Slogan angenommen habe: Erst die Einsparungen, dann die Mehreinnahmen.

Herr Tschudi stellt fest, dass eine Tendenz bestehe, das Sofortprogramm hinauszuschieben. Gewisse Kreise wollen es praktisch zum Scheitern bringen. Andere wären grundsätzlich dafür, haben

aber Angst vor den Wahlen. Beide Einstellungen zusammen sind für das Sofortprogramm gefährlich. Wir sollten uns dringend überlegen, was wir bei den Fraktionen tun müssen. In Baselland ist die Finanzvorlage an den Urnen gescheitert, obwohl alle Parteien sie unterstützt haben und lediglich die Liga der Steuerzahler sie bekämpft hat. Obwohl sie nicht ungeschickt war und massvoll, konnten sie nicht durchgebracht werden. Auch wir müssen uns sehr überlegen, was wir machen wollen. Wenn wir die Linke gewinnen wollen, müssen wir noch eine gewisse Geste machen. Das wäre möglich durch die Weiterführung der Couponsteuer, wogegen ein Bedenken bei den Bankkreisen besteht. Diese wären eher für eine höhere Progression bei der Wehrsteuer.

Der Rat muss das Vorgehen in den Fraktionen abstimmen. Unter diesem Gesichtspunkt sollte auch der Entscheid über den Stocker-Bericht getroffen werden.

Herr von Moos findet, dass man im Interesse einer sachlichen Behandlung wünschen müsste, dass das Sofortprogramm nicht vor den Wahlen an die Reihe kommt. Er möchte aber nicht denen zustimmen, die für eine Verschiebung sind, um dieses Programm zu torpedieren.

Man habe das Sofortprogramm gebracht, weil es geheissen habe, dass man nicht bereit sei, höhere Einnahmen zu bewilligen, wenn keine Einsparungen kommen. Daher könne man den Antrag über Einsparungen nicht zu lange hinausschieben. Unter dem Gesichtspunkt, dass der Bundesrat zuerst seinen Sparwillen zeigen sollte, bedauert der Sprechende, dass die Botschaft erst Ende Januar herauskommen wird. Wenn man aber diese Zusage geben kann, dann neige er dazu, den Räten jetzt vorzuschlagen, die Kommissionen für die Sparvorlage jetzt zu bezeichnen.

Herr Spühler erklärt, nachdem man mit dem Budget bereits einen Teil des Sparprogramms durchführen will, sollte man schauen, das ganze Sparprogramm im Interesse der Glaubwürdigkeit des Bundesrates durchzuführen. Die Botschaft sollte dem Bundesrat spätestens am 24. Januar 1967 vorgelegt, aber jetzt angemeldet werden.

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass der Rat damit entschieden habe, die Botschaft anzukünden. Dabei sei wichtig, dass der Departementschef überzeugt sei, mit dem Fahrplan durchzukommen.

Die Anregung von Herrn Tschudi ist durchaus berechtigt. Auch wenn wir uns in den Fraktionen verständigen, besteht die Gefahr, dass das "Fuder vom Wagen fällt". Für viele ist die Couponsteuer ein Tabu, doch wäre das eine vernünftige Lösung. Dabei könnte man die Banken für das Auslandsgeschäft ausnehmen. Wenn wir uns nicht sehr stark in den Fraktionen einsetzen, werden wir die nötige Finanzierung nicht bekommen. Die Folge wird sein, dass die Jungen finden werden, dieser Staat ist nicht mehr leistungsfähig.

Politisch handelt es sich heute um eine Allianz der Antipoden gegen die leistungsfähige Mitte.

- 5 -

Herr Bonvin glaubt, dass die Ueberlegungen des FZD der heutigen Mentalität entsprechen. Man vergisst, welche Fortschritte man gemacht habe. Wenn man die Freiliste ansieht, dann muss man schon sagen, dass die Warenumsatzsteuer, vor allem von den Unternehmungen getragen wird. Die Stimmung in der Kommission habe nun doch etwas umgeschlagen.

Der Herr Bundespräsident fasst zusammen, dass die Botschaft angekündigt werden soll. Dabei müsse man den Gleichschritt betonen.

Herr von Moos wünscht, dass man den Brief an die eidg. Räte noch zugestellt erhält.

Um den später vom EVD, vom VED und vom FZD eingegangenen Wünschen Rechnung zu tragen, hat die BK in ihrem Brief über die Ankündigung neuer Botschaften drei weitere Geschäfte bekanntgegeben, (Fortsetzung der technischen Zusammenarbeit der Schweiz mit den Entwicklungsländern, Abbau der Bundesbeiträge, Beteiligung der Schweiz an der Asiatischen Entwicklungsbank in Manila, Ausbau der schweizerischen Elektrizitätsversorgung, schweizerische Reaktorpolitik, Tabakbesteuerung und Doppelbesteuerungsabkommen mit Irland). Dieser Briefentwurf wurde stillschweigend auf dem Korrespondenzweg durch den Bundesrat genehmigt.

Der Rat beschliesst in diesem Sinne.

U m f r a g e

Hr. B o n v i n

Geschenk des Prinzen von Monaco

Herr Bonvin stellt fest, dass das Geschenk einen Wert von 6'000 Franken habe. Herr Petitpierre wäre bereit, den Gegenwert dem Roten Kreuz zu geben.

Man könnte Herrn Petitpierre bei der Uebermittlung des Geschenkes einen Brief schreiben, welchen Wert das Geschenk hat und das Weitere ihm überlassen.

Der Rat ist einverstanden.

Hr. S p ü h l e r

Einladung des Auslandinstitutes in Zürich für einen Vortrag von Minister Heath

Herr Spühler ist Mitglied des Vorstandes dieses Institutes, möchte aber nicht, dass zwei Bundesräte hingehen. Er werde noch versuchen sich zu verständigen.

Hr. v o n M o o s

Hr. von MoosBundesgesetz über das Bundesverwaltungsverfahren

Herr von Moos orientiert über die Beschlüsse der nationalrätlichen Kommission. Diese habe vor allem folgende Aenderungen am Antrag des Bundesrates genommen. Sie hat für die Verwaltungsbeschwerde die aufschiebende Wirkung als Regel aufgestellt. Ferner hat sie die Reformatio in peius eingeführt. Der Sprechende glaubt, dass wir nicht opponieren sollten, ohne sich aber mit allem einverstanden zu erklären. Hier müsse man verhindern, dass eine grosse Debatte entstehe, nach welcher der Bundesrat in Minderheit gesetzt werde.

Postulat von Tobel

*Fusser einer ziemlich weitgehenden
Sustizialisierung des Verfahrens.*

Herr von Tobel wünscht eine Ergänzung von Art. 962 des OR in dem Sinne, dass Geschäftsbücher und Korrespondenz innerhalb der gesetzlichen Fristen auch in Form von Mikروفilmkopien aufbewahrt werden können.

Der Rat hat nichts dagegen einzuwenden, dass Herr von Moos das Postulat entgegennimmt.

Motion von Nationalrat Hofstetter betreffend Bodenrecht und Landesplanung

Diese Motion stösst offene Türen ein. Herr von Moos glaubt aber, dass man ihr nicht opponieren sollte, nachdem der Bundesrat dadurch nicht zu mehr verpflichtet wird, als er ohnehin im Sinne hat zu tun.

Der Rat ist mit der Entgegennahme der Motion einverstanden.

PräsidialvorbringenTeilnahme an den Feierlichkeiten zur Wahl der neuen Präsidenten

Der Rat beschliesst, folgende Abordnungen zu bestimmen:

1. Zur Feier von Herrn Bundespräsident Bonvin wird Herr Bundespräsident Schaffner abgeordnet.
2. An die Feier von Herrn Nationalratspräsident Schaller geht Herr Tschudi.
3. Zur Feier von Herrn Ständeratspräsident Rohner wird Herr Spühler abgeordnet, nachdem sich herausstellt, dass Herr von Moos ^{wegen einer Tagung} ~~wegen der Feier des 20-jährigen Bestehens~~ der kriminalistischen Gesellschaft nicht abkömmlich ist.

Feier zum 70. Geburtstag von Carl Zuckmayer

Der Herr Bundespräsident gibt Kenntnis von einem Bericht des Vizekanzlers über eine Unterredung mit dem Stadtpräsidenten von Luzern.

Herr Spühler findet es übertrieben, dass man zum Geburtstag eines Schriftstellers, auch wenn dieser weltberühmt ist, einen

Bundesrat abordnet. Die ganze Sache wurde einfach viel zu gross aufgezogen.

Herr von Moos teilt mit, dass ihm Botschafter Tursky erklärt habe, dass Herr Bundeskanzler Klaus kommen werde. Deshalb sollte der Fall genau abgeklärt werden. Nachdem auch Vizekanzler Weber bemerkt, dass Herr Tursky sehr darauf drängt, dass ein Bundesrat dem österreichischen Bundeskanzler Gesellschaft leiste, erklärt sich Herr Tschudi bereit, an der eigentlichen Geburtstagsfeier teilzunehmen.

Der ~~Herr~~ Vizekanzler wird beauftragt, mit Stadtpräsident Kopp und Botschafter Tursky Fühlung aufzunehmen und Herrn Tschudi über das Ergebnis zu informieren.

Rücktritt von Herrn Chaudet

Der Herr Bundespräsident gibt durch Verlesen Kenntnis vom Rücktrittsgesuch von Herrn Chaudet. Dieser erklärt seinen Rücktritt mit Wirkung ab 1. Januar 1967. Er hat auch eine Kopie des Schreibens an den Präsidenten der Bundesversammlung beigelegt, die verlesen wird. Der Sprechende stellt fest, dass dem Rat nichts übrig bleibe, als Kenntnis zu nehmen. Man verliert in Herrn Chaudet einen aufrechten und tapferen Kollegen, Der Sprechende werde ihm in seiner Gegenwart noch einige Worte des Dankes und der Anerkennung aussprechen.

Herr von Moos glaubt ebenfalls, dass man den Rücktritt akzeptieren müsse. Zu entscheiden sei die Frage der Publizität. Im Sinne des Postulates Breitenmoser sollen Einerwahlen nicht mehr vorkommen, deshalb ~~sollte sich der Rat darüber aussprechen~~, ob noch weitere Demissionen erfolgen sollten. Diese Frage wird zweifellos von Parlamentariern aufgeworfen werden.

Der Herr Bundespräsident ist der Meinung, dass Adressat des Rücktrittsgesuches die Bundesversammlung sei. Er betrachte deshalb den Bundesrat nicht als berechtigt, die Öffentlichkeit zu orientieren. Dies sei Sache des Präsidenten der Bundesversammlung.

Herr Tschudi erinnert daran, dass er als Bundespräsident bei der Demission von Herrn Wahlen die Öffentlichkeit orientiert habe. Es wäre angezeigt, alle Fälle gleich zu behandeln. Hier empfehle sich allerdings vielleicht ein anderes Prozedere, weil die Demission heute durch den Präsidenten des Nationalrates bekanntgegeben werden kann. Dann könnten Herr Graber oder Herr Schaller den Dank aussprechen.

Herr Bonvin ist eher der Meinung, dass der Herr Bundespräsident noch vormittags diese Orientierung machen sollte.

Herr Spühler teilteher die Auffassung des Herrn Bundespräsidenten. Wenn man etwas anderes machen will, sollte man sich zuerst mit dem Präsidenten des Nationalrates verständigen.

Schliesslich wird beschlossen, dass der Herr Bundespräsident mit den beiden Ratspräsidenten und mit Herrn Chaudet sofort Fühlung nimmt und je nachdem im Laufe des Nachmittags die Demission am Radio unter Verdankung der Verdienste von Herrn Chaudet bekannt gibt, oder diese Mitteilung den beiden Ratspräsidenten überlässt.